

# EUROPA IST KEINE SCHEIBE

*Ist die **Eurokrise** eine Staatsschuldenkrise? Die Autoren des Instituts Solidari-sche Moderne haben nachgedacht. Das **Ergebnis: Mehr Politik. Mehr Geld für Politik. Ein Weg aus der Krise?***

NIKOLAUS HUSS  
KOVARHUSS POLICY PAPER 02/2014  
23. Juni 2014

## **Inhalt**

Das sagen die Autoren .....	3
Schematisch und nicht realitätsfähig.....	4
Die Zeche zahlen die Kleinen.....	5
Wie verantwortlich sind eigentlich Abgeordnete? .....	5
Die Eurokrise ist eine Führungskrise der westlichen Eliten.....	6
Die Eurokrise hat eine amerikanische Wurzel .....	6
Die Eurokrise hat auch eine europapolitische Wurzel .....	7
Die Großillusionsmacht Spanien.....	8
Zwischen Drama und Operette: Italien.....	9
Mit imperial etatistischer Hofhaltung: Frankreich .....	10
Deutschland: Aus Verzweiflung gut.....	11
Zeigen Europas Wähler tatsächlich mehr Verantwortung, wenn sie gesamteuropäisch wählen?.....	11
Gute Gründe gegen ein erweitertes europäisches "Weiter So" .....	12
Statt auf Mut zur Veränderung setzt Politik europaweit auf einen Versprechenswettbewerb .....	13
Was tun? .....	14

Die drei Autoren und Bundestagsabgeordnete Cansel Kiziltepe (SPD), Lisa Paus (Grüne), Axel Troost (Linke) haben in der Schriftenreihe Denkanstöße, Ausgabe 16 des ISM (Institut Solidarische Moderne) eine dreiundzwanzigseitige Publikation vorgelegt, die aus grün-linker Sicht die Eurokrise richtig beleuchten will.

## **Das sagen die Autoren**

Dabei argumentieren sie in etwa so:

Die Eurokrise ist keine Staatsschuldenkrise, sondern eine Bankenkrise. Die Austeritätspolitik von Merkel und Co kann das Problem nicht lösen, sondern hat das Desaster der Südstaaten noch verstärkt. Die Wirtschaft ist weiter im Abwärtsgang. Die Menschen hungern. Die Privatisierungen machen das Ganze noch schlimmer, weil jetzt, ich verkürze, ein paar Gauner mit fragwürdigen Absichten sich die Filetstücke sichern. Und nicht zuletzt: Die globale Herausforderung, die Umwelt- und Ressourcenkrise, kann mit den Privatisierungen noch schlechter bewältigt werden als vorher.

Die populistische Rechte profitiert von dieser Verelendung der südeuropäischen Bevölkerung.

Die AutorInnen fordern klare Konsequenzen: Mehr europäische Politik, mehr und unabhängige europäische Finanzierungsquellen.

Dabei greifen sie auf ein einfaches Bild zurück. Die Eurozone als geschlossenes volkswirtschaftliches System:

"Die Basis für ein anderes Verständnis der Eurokrise kann nur die Durchbrechung des Spardiktats sein. Erst wenn klar wird, dass Staaten weder private Haushalte noch Unternehmen sind, sondern anderen Mechanismen unterliegen, ist auch der Weg für solidarische Lösungen aus der Krise geebnet. Volkswirtschaften in der Eurozone sind vielfältig verflochten, jedem Schuldner steht ein Privatvermögen gegenüber, jedem Export ein Import - Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen sind Kreisläufe."

Und so meinen die AutorInnen, die ökonomische Krise politisch meistern zu können. Es lohnt sich, die beiden Absätze im Wortlaut zu lesen:

"Entscheidend sind die Rechte des Europäischen Parlamentes. Keinesfalls dürfen die gesamteuropäischen Kompetenzen in die Hände der Exekutiven fallen. Wir brauchen ein Parlament, das echte Kompetenzen besitzt, und Abgeordnete, die etwas bewegen können und die deshalb ihrer Wählerschaft für ihr politisches Handeln Rechenschaft schulden. Diese Kompetenzübertragungen dürfen nicht an nationalen Egoismen und an der Angst vor Bedeutungsverlust des eigenen nationalen Parlamentes scheitern.

Damit einher geht der Mut zu einer besseren Finanzausstattung der europäischen Ebene. Solange die EU über keine Möglichkeiten verfügt, eigene Einnahmen zu erzielen UND SICH ZU VERSCHULDEN (Hervorhebung durch den Verfasser), wird sie keine Akzente setzen können. Der Finanzumfang muss generell größer werden, damit wichtige Programme auskömmlich finanziert werden können und mehr sind als bloße Symbolpolitik. Außerdem wird die europäische Ebene so unabhängiger von den Nationalstaaten."

## **Schematisch und nicht realitätsfähig**

Das klingt alles schematisch und nicht realitätsfähig. Die Welt ist böse, Nationalstaaten handeln böse, nationale Identität ist böse, Kapital ist böse. Dabei könnte doch alles so schön sein. Man müsste nur den hochethisch und immer den Interessen ihrer Wählerinnen und Wähler verantwortlichen Mitgliedern des Europaparlamentes die Macht UND DAS RECHT, SICH ZU VERSCHULDEN geben. Man muss dazu nur, wir leben ja in einer europäisch abgeschlossenen Welt, die Vermögen anders umverteilen. Man müsste die Mitglieder des Europaparlamentes nur lassen. Und alles wird gut!

Aber Europa ist keine Scheibe.

## **Die Zeche zahlen die Kleinen.**

Richtig ist: Die Eurokrise ist keine Staatsschuldenkrise. Und richtig ist auch, dass die Zeche für die Bankenrettung, der Schritt, der aus einer latenten Krise eine akute Gefahr gemacht hat, die "kleinen Leute" zahlen. Die Not der Menschen in Griechenland, der jungen Generation in Spanien und vielen anderen südeuropäischen Ländern, ist nicht virtuell, sondern existenziell und real.

Das stimmt in doppelter Hinsicht. Denn auch die Niedrigzinspolitik, die politisch vielen ja als "sanfter Weg" der Staatsentschuldung gilt, wird kleine Sparvermögen ganz schnell zerrinnen lassen. Nur redet die Politik da nicht gerne drüber.

## **Wie verantwortlich sind eigentlich Abgeordnete?**

Aber stimmt eigentlich das Bild, das die AutorInnen gerne zeichnen möchten: Ein vereinheitlichtes, mit selbstbewussten Abgeordneten ausgestattetes Parlament, das seinen Wählern verpflichtet ist, würde mit einem eigenen Budgetrecht zu besseren Ergebnissen kommen?

Da sind Zweifel erlaubt.

Nur wenige Menschen interessieren sich für Politik, für europäische Politik mit ihren langwierigen und zähen Meinungsbildungen noch weniger. Sind Bürgerinnen und Bürger wirklich verpflichtet, sich ein reales Bild von der finanzpolitischen Lage zu machen? Ziehen sie ihre Abgeordneten tatsächlich zur Rechenschaft? Und: Welcher Abgeordnete durchschaut diese Fragen eigentlich?

Das Europaparlament, bei dem nationale Sichtweisen und politische Einstellungen eine etwas komplexere Gemengelage bildet, neigt zu großen Koalitionen und zu Deals nach dem Motto "Gibst Du mir (Fördermittel), gebe ich Dir (dasselbe)". Es stellt sich also die Frage, ob mehr Politik hier tatsächlich mehr politische Verantwortlichkeit bedeutet. Die nationale Perspektive entschwindet nicht einfach, nur weil die europäischen Abgeordneten direct gewählt werden. Würde

so ein direktes Mandat nicht einfach eine neue "Lizenz zum Gelddrucken" darstellen, wie sie in dem Verschuldungsbegehren schon sichtbar wird. Wird es nicht längst Zeit, sich mit den Grenzen der Politik zu beschäftigen? Weil mehr politische Programme möglicherweise weniger greifbare Ergebnisse bringen. Und weil Wähler, wie auch Verbraucher, einfach keine rationalen Entscheider sind.

## **Die Eurokrise ist eine Führungskrise der westlichen Eliten.**

Treten wir einen Schritt zurück. Die Welt um die Jahrtausendwende. Die Informationstechnologie wird zum Hoffnungsmacher, Start-Up-Unternehmen, die gigantische Börsenwerte symbolisieren, es scheint die Zeit der Neuen Geschäftsmodelle anzubrechen. Alles ist möglich.

Allerdings: Börsenwerte sind Hoffnungswerte. Und so sind viele der Hoffnungen, auch viele Zockerträume, in den USA, auch in Europa, auf der Ganzen Welt, über Nacht zerplatzt.

## **Die Eurokrise hat eine amerikanische Wurzel**

Die Konjunktur lag am Boden. Der Anschlag auf die Twin Towers hat die USA dann direkt in ihr gefühltes Herz getroffen. Was tun?

Die Frage, ob es gewissenlose Banker und Zocker waren, die dem amerikanischen Präsidenten die Idee eines Immobilienprogramms für Geringverdiener unterbreitet haben, oder ob es die Politik war, die schnelle Wege der wirtschaftlichen Genesung gesucht hat, um wieder gewählt zu werden, scheint fast akademisch. Letztlich war es der Gleichklang von Staats- und Finanzwirtschafts-Interessen, der diese verhängnisvollen Schuldverschreibungen zur Realität gemacht hat. Und so wurden viele Amerikaner, die sich das ökonomisch gar nicht leisten konnten, Hausbesitzer, die Kreditschulden wurden raffiniert umverpackt und einfach ins Ausland weitergereicht.

Dort waren es nicht zuletzt die deutschen und europäischen Landesbanken, die, risikoblind, die kurzzeitig hohen Erträgen der

Papiere gesehen und die Risiken in Kauf genommen haben. Es waren oftmals Staatsbanken, die, selbst als die Privatbanken -für die Deutsche Bank ist das ja inzwischen verbrieft- ihre Papiere abgestoßen hatten, diese ins Portfolio nahmen. Blinde Gier, für die dann tatsächlich der Steuerzahler gerade stehen musste.

Ist Europa also ein Opfer us-amerikanischer Machenschaften?

## **Die Eurokrise hat auch eine europapolitische Wurzel**

Nicht nur, es gibt nämlich noch eine andere Geschichte. Es ist die europäische Geschichte der Lissabon-Strategie, die Geschichte der realen EU. Und damit sind wir bei der hausgemachten Seite des Problems: Was können politische, was können europäische Investitionsprogramme leisten? Was können Politiker leisten? Kann es gelingen und wie kann es gelingen, dass Politiker Verantwortung übernehmen, wenn sie Zukunftsversprechen machen (und auf Kredit finanzieren)?

Die Lissabon-Strategie sollte mit viel europäischem Geld "Europa zur führenden technologischen Weltregion machen!". Das Scheitern dieser Strategie ist ein exemplarisches Beispiel des Scheiterns politischer Großstrategien in einem komplexen, sich schnell ändernden Umfeld.

In der Bilanz 2009 der EU Kommission

[http://ec.europa.eu/archives/growthandjobs\\_2009/pdf/lisbon\\_strategy\\_evaluation\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/archives/growthandjobs_2009/pdf/lisbon_strategy_evaluation_de.pdf) gesteht die Kommission denn auch zu, dass die Strategie nicht einmal die erwünschten Globalziele (Beschäftigungsgrad 70 Prozent, Anteil der F&E Mittel am BIP 3 Prozent) erreicht haben. Richtigerweise analysiert sie, dass die fehlende Governance in einigen Ländern eine der Ursachen dafür gewesen sei. Um sich aber, trotz Verfehlung der Ziele, Erfolg zu bescheinigen. Who cares?

Europa ist keine Scheibe. Die Welt ist größer und Innovation entsteht dort, wo sich die besten Köpfe einfinden und die besten Bedingungen vorfinden. Und eben nicht dort, wo Politiker das möchten. Aber eine Diskussion über das Scheitern dieser Strategie findet nicht statt. Und die Trompeter der europäischen Idee verkünden mit umso lauterem Tönen die Legende von "Mehr Politik ist besser". Weniger, dafür bessere Politik, wäre mehr.

Demokratie, der politische Streit um die richtige Lösung, als Herrschaftsform ist ein Teil europäischer Identität. Funktional, wenn sie Macht begrenzt und politische Alternativen im öffentlichen Raum sichtbar macht. Aber wer begrenzt sie derzeit?

Die europäische Idee eine wichtige. Sie brachte Frieden, Wohlstand und eine positive Wirtschaftsentwicklung. Aber man muss diese Idee des Politischen differenzierter betrachten, um die Krise der europäischen Institutionen, die eine Krise der demokratischen Idee in Zeiten des Übergangs ist, zu verstehen und daraus angemessene Schlussfolgerungen zu ziehen. Man muss verstehen, wo Politik seine Grenzen hat. Sonst werden wir alle Opfer eines einzigartigen medialen Simulationstheaters.

Werfen wir also einen Blick in die vier größten EU-Länder, Spanien, Italien, Frankreich und Deutschland.

## **Die Großillusionsmacht Spanien**

Spanien, viertgrößte Volkswirtschaft der EU und lange Zeit scheinbarer Musterschüler, war ein Meister im Abgreifen der Subventionen und sehr geschickt darin, die Finanzierungsmittel zur politischen Inszenierung zu nutzen und- die Bedürfnisse der Bauwirtschaft zu befriedigen. Es hat Flugplätze gebaut, die niemand braucht, Siedlungen, die niemand braucht, Straßen, auf denen sich niemand bewegt, die Politik hat jahrzehntelange die Augen davor verschlossen, dass bis zu 40% der jungen Erwachsenen arbeitslos blieben, sie hat dabei zugesehen, dass junge Erwachsene auf dem Bau arbeiten und kurzfristig viel Geld verdienen anstatt qualifizierte



Bildungsabschlüsse zu erreichen. Die spanischen Wählerinnen und Wähler haben sie gewählt und jetzt soll die Politik das Deseaster, das sie, von ihren Wählerinnen und Wählern legitimiert, angerichtet hat, einfach so lösen?

Das Land hat ein massives Governanceproblem, das nur deswegen nicht thematisiert wird, weil es einem unausgesprochenen Konsens europäischer Politiker entspricht, sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen.

## **Zwischen Drama und Operette: Italien**

Italiens Führungskrise ist eine anhaltende Erzählung politischen Versagens, das in den sechzig Jahren Nachkriegsgeschichte lediglich unterschiedliche Ausprägungen hatte. Die vielfach in Vergessenheit geratene Scala Mobile, die die Lohnentwicklung automatisch an die Preisentwicklung eines fest definierten Warenkorbes ankoppelte, wurde erst 1992 abgeschafft, nachdem sie Jahrzehnte die eigentlich exportstarke Wirtschaft geschwächt hat.

Die häufigen Regierungswechsel und oftmals instabilen Regierungen in der Nachkriegszeit sind und waren Legende.

Die Ära Berlusconi, der ausländische Beobachter fassungslos gegenüber stehen, ist eine sehr teure nationale Operettenaufführung und rational nicht zu erklären. Hier zeigt sich, dass eine funktionierende demokratische Gesellschaft zahlreicher Faktoren bedarf, unter anderem eines ausbalancierten Verhältnisses von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, der Fähigkeit zum realitätsfähigen Kompromiss sowie eines korruptionsfreien öffentlichen Bereichs. Von allem ist das Land meilenweit entfernt. Auch diese Frage hat zu einem massiven Ausschluss von Jugendlichen an der gesellschaftlichen Teilhabe geführt.

Die italienische Wirtschaft hat sich trotz dieses politischen Versagens in diesem Land, dessen Menschen und Lebensweise wir alle so schätzen, gut gehalten, bis es in den letzten fünf Jahren zu massiven Erosionen gekommen ist.

Die politische Opposition übrigens, Ironie der Geschichte, reagiert mit derselben Art symbolischer Inszenierung: Der Operette politischer Macht wird die Groteske der "Cinque Stelle" entgegengesetzt. Man lasse sich das einmal auf der Zunge zergehen.

## **Mit imperial etatistischer Hofhaltung: Frankreich**

Frankreich ist ein Land, das aufgrund seiner zentralen Struktur und seinem kleinen, abgeschotteten Führungskreis zur Oligarchiebildung neigt. Die Folgen einer als Elitenbildung titulierten abgeschotteten Klassenbildung ist seit langem Thema sozialwissenschaftlicher Forschung. Pierre Bourdieu hat dabei, beispielsweise in "Die feinen Unterschiede", gezeigt, wie sich die Reproduktion der herrschenden Klassen über kulturelle Güter und Praktiken vollzieht. Das Land zahlt im Moment die Zeche scheinbarer Elitenbildung: Intellektuelle Inzucht.

Das Credo hoher staatlicher Interventionen in wirtschaftliche Belange, die übermäßige Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaften, insbesondere in Schlüsselindustrien und im öffentlichen Bereich und eine aufgeblähte öffentliche Verwaltung haben zu einer für die Gesellschaft insgesamt schädlichen Privilegienbildung (Arbeitszeitregelung im öffentlichen Bereich und Abschottung existierender Arbeitsplätze gegenüber jugendlichen Arbeitskräften) geführt. Die Unwilligkeit zu angemessenen politischen Entscheidungen zeigt sich in der hohen Jugendarbeitslosigkeit von immer noch 25%. Der Umgang und die Ghettoisierung von Zuwanderern in Satellitenstädte zeugt ebenso von mangelnder politischer Governance.

Die politische Führung gefällt sich in ihrer Kulisse. Und eine wachsende Mehrheit wählt aus Protest, Verzweiflung, Ratlosigkeit und Angst die Front National.

## **Deutschland: Aus Verzweiflung gut**

Und rückblickend betrachtet, kann auch die Genesung des ehemaligen "kranken Manns Europas", Deutschlands, nur als historischer Glücksfall betrachtet werden, auf keinen Fall jedoch als Ausdruck eines artikulierten mehrheitlichen Volkswillens.

Die von der ersten rotgrünen Regierung durchgeführten Liberalisierungen im Finanz- und Wirtschaftsbereich und die parallel durchgeführten Hartz-Reformen haben zum Ende des rheinischen Kapitalismus, dem Einzug eines anglosächsischen Finanzkapitalismus, einer wachsenden, wiewohl im Weltmaßstab noch mäßigen Ungleichheit geführt. Eine detaillierte, sachliche Analyse der Wirkungsweisen ist politisch nicht gewollt. Die Sozialdemokraten laborieren noch immer an den Folgen ihrer damaligen harten, aber richtigen Entscheidungen und die Grünen versuchen weiterhin krampfhaft den Eindruck zu erwecken, es hätte auch einen sanften Weg aus der gesellschaftlichen Erstarrung gegeben. Rotgrün hat die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands wieder mit hergestellt. Das wars. Die nachfolgenden Regierungen sind, mit Ausnahme der Rente mit 67, wieder zu einer sehr kurzfristigen, klientelfixierten Politik des Geldausgebens zurückgekehrt. (Rente mit 63, Mütterrente). Und Angela Merkel kann jetzt die Früchte dieser Politik ernten und unwidersprochen den Eindruck erwecken, sie wäre die Initiatorin dieser Erfolgsgeschichte.

## **Zeigen Europas Wähler tatsächlich mehr Verantwortung, wenn sie gesamteuropäisch wählen?**

Betrachtet man die politische Kultur nur der grössten europäischen Länder unter diesen Vorzeichen, stellen sich große Fragen an die Steuerungs- und Handlungsfähigkeit von Demokratien in einer Situation wachsender externer Herausforderungen und Umbrüche. Und zwar unabhängig von der Frage, ob mehr einheitliches Europa oder weniger. Es gibt Grund zu der Annahme, so die hier zugespitzte

These, dass eine Verdoppelung der politischen Bühnen (also die europäische neben der nationalen Bühne) in der derzeitigen Verfassung eher zu einer Verdoppelung des Illusionstheaters führen würde.

Vor diesem Hintergrund überzeugen auch die Argumente der Autoren nicht, ein von den europäischen Völkern einheitlich gewähltes europäisches Parlament würde, mit einem stärkeren Budgetrecht ausgestattet, mit der Fähigkeit, politische Programme mit großem finanziellem Gestaltungsspielraum zu initiieren und diese notfalls auch über Verschuldung zu finanzieren, zu besseren Ergebnissen führen.

## **Gute Gründe gegen ein erweitertes europäisches "Weiter So"**

Ich habe da so meine Zweifel. Solange Politiker eine tatsächlich verschärfte Wettbewerbssituation Europas in Relation zu den USA und Asiens ausblenden, solange Politik sich in Umverteilung inszeniert, ohne über die verschärften Rahmenbedingungen, mehr außereuropäische Konkurrenz, zu reden, solange sie so tut, als könne man die europäische Jugendarbeitslosigkeit mit einem erweiterten beschäftigungspolitischen Programm lösen, anstatt Druck auf jedes Land auszuüben, seine starren arbeitsrechtlichen Bedingungen für bestehende Arbeitsverhältnisse aufzugeben, führt mehr Politik nur zu mehr Realitätsferne und wird Europa weiter vom globalen Wettbewerb abkoppeln.

***Eine vergrößerte politische Bühne Europa mit einem eigenen Budgetrecht des Parlaments würde aufgrund der unterschiedlichen politischen Kulturen der europäischen Länder zu einem weiteren Verlust gesamteuropäischer Wettbewerbsfähigkeit und einem Anwachsen unverantwortlicher politischer Entscheidungen führen.***

Unzweifelhaft ist ein geeintes, friedliches Europa ein hohes Gut. Um auf dem europäischen Weg weiter voran zu schreiten, ist es derzeit nicht sinnvoll, weiter auf einen massiven Ausbau der europäischen

Legislative und Exekutivstruktur zu drängen. **Ein geeintes Europa bedarf** der Besinnung (Danke, Großbritannien!), Konsolidierung und vorrangig **einer gemeinsamen (selbst)kritischen europäischen Öffentlichkeit**. Es bedarf Politikern, die Führung übernehmen, die Bürgerinnen und Bürger für die notwendigen Veränderungen, Flexibilisierungen, Zunahme von Risiken zu gewinnen und Ideen zu entwickeln, wie Deutschland, Europa, der Westen, diesen Weg unter Wahrung seiner Werte, selbstbewusst, überzeugend und mit Zuversicht gehen kann. Es bedarf eines kritischen Resonanzbodens gegenüber einer zunehmend selbstbewusst (und selbstreferentiell) auftretenden europäischen Politikerklasse. Nur dann kann eine wieder erstarkende Wirtschaft heranwachsen, die die Basis aller politischen Umverteilungsüberlegungen bildet.

## **Statt auf Mut zur Veränderung setzt Politik europaweit auf einen Versprechenswettbewerb**

Die Risiken demokratischer Politik in einem Zeitalter des nicht steuerbaren Umbruchs (und in einer solchen Zeit leben wir) sind enorm. Politik in der ersten Nachkriegsphase hat sich in Deutschland, aber auch in anderen Ländern faktisch dadurch legitimiert, dass sie den Produktivitätszuwachs genutzt hat, um soziale Ungleichheiten abzubauen, ohne bestehende Privilegien und Besitzstände in größerem Maßstab anzugreifen oder abzubauen.

Spätestens seit der Jahrtausendwende ist diese Entwicklung zu einem Ende gekommen. Politik muss sich seither daran messen lassen, wie es ihr gelingt, die neu erkannten globalen Risiken (Umwelt, Ökologie, Ressourcen), ihrer direkten und indirekten Folgeerscheinungen (wachsender Wanderungsdruck insbesondere in den afrikanischen und südamerikanischen Ländern), die eigenen ökonomischen und gesellschaftlichen Interessen, also ökonomische Teilhabe an einer positiven globalen Wirtschaftsentwicklung und, nach innen, sozialen Zusammenhalt zu erhalten.

**Politik in den entwickelten westlichen Ländern ist nur als dauerndes Chance-Management zu begreifen.** Es geht um die Mobilisierung der gesamten Gesellschaft. **Die politischen Parteien inszenieren aber auf der politischen Bühne ihre Rolle noch immer als Versprechenswettbewerb mit direktem Response-Effekt** (siehe Mütterrente und Rente mit 63). Eine **mittelfristige Folge ist die wachsende Politikverdrossenheit**, die in ihrer Kontinuität nur deswegen nicht sichtbar wird, weil sich Medien und Debattenteilnehmer auf die unterschiedlichen Ausschlagshöhen in der jeweiligen Wahl konzentrieren und damit die Langfristtendenzen und ihre Verantwortlichkeit ausblenden können.

## **Was tun?**

Und was nicht. Vermisst wird eine aufgeklärte, differenzierte Diskussion, die, statt mantrahaft mehr Politik einzufordern, auch die Gefahren und Risiken wachsender Politisierung benennt und zum Gegenstand ihrer Debatten macht. In einer globalisierten, unter starken globalen Wetterwechseln stehenden Weltgesellschaft tut Europa gut daran, seine Prioritäten zu ordnen und sich auf die wichtigen Dinge zu konzentrieren: Nach außen eine eigene und glaubwürdige Rolle zu definieren, die Fragen des eigenen Wohlstandes und seiner Entwicklung mit den konkurrierenden Interessen anderer Länder und Kontinente in Relation zu setzen. Moralische Empörung angesichts der Armut und schlechter Governance in anderen Ländern steht in einer europäischen Debatte gut zu Gesicht, hilft aber oft nicht. Die Ukrainekrise ist ohne den despotischen Putin nicht zu bewältigen, die Frage ist jedoch, wie Androhung und Durchsetzungs-, sprich Kriegsbereitschaft und Verhandlungsgeschick miteinander in Beziehung gesetzt werden. Der Blick nach Syrien, Irak, Libyen, Afghanistan und viele andere Länder führt uns allabendlich die zunehmende Ohnmacht (und Ratlosigkeit) des Westens vor. Weder die militärische Option noch eine friedliche hat hinreichende Erfolgschancen.

Sowohl im Handel mit Russland, aber auch mit China lässt sich Europa und der Westen mit Regimen ein, die den Standards westlicher Demokratien nicht entsprechen. Fossile Brennstoffe beziehen wir gänzlich aus Quellen undemokratischen Ursprungs, unabhängig davon, ob sie mit uns "befreundet" scheinen oder nicht. Umgekehrt muss der Westen jedoch erkennen, dass eine positive Entwicklung von Ländern nicht unbedingt davon abhängt, ob wir, die Europäer, Menschenrechte und demokratische Grundrechte zur obersten Priorität politischer Debatten machen. Der Westen selbst neigt, wie NSA und der Umgang mit Snowden zeigt, dazu, seine eigenen Werte und Prinzipien fröhlich zu ignorieren. Man muss blind sein, das nicht zu erkennen.

Niemand will um den Preis weiterer Wohlstandsverluste auf den Handel mit autoritären Ländern verzichten. Es wird Zeit, gegenüber diesen Ländern zu einem konsistenten Agieren zu kommen und klar zwischen eigenen und fremden Interessen zu differenzieren und eine offene Abwägung vorzunehmen anstatt sich auf der politischen Bühne weiter in wohligen Schaudern der moralischen Entrüstung zu ergehen. Und tatsächlich aber weiter munter das zu liefern, was gebraucht wird. Von wem auch immer.

**Die aufgeklärte linksliberale Öffentlichkeit tut gut daran, die Komplexität der Situation in ihr Denken, Reden und Handeln einzubauen. Anderenfalls hat sie als programmatisch aufgestellte Bewegung keine Chance, sich mit reflektierter, aber politisch meinungsloser Politadministration a la Merkel (Ulrich Beck: Merkiavellismus) auseinanderzusetzen.**

Die Bürgerinnen und Bürger haben den Machtverlust der Politik angesichts der Globalisierung intuitiv längst eingepreist. Nur die Parteien und handelnden Politiker sind oftmals nicht bereit, das gleißende Licht wohlilluminierter Bühnen zu verlassen und die schwierigen und manchmal unlösbaren Fragen ihrer Arbeit zum Teil ihrer Arbeitsplatzbeschreibung zu machen. Zu viel Politik schadet

dem Vorhaben, Politik da, wo sie zur Rahmensetzung notwendig ist, wirkungsmächtig zu machen.

Und noch ein weiterer Hinweis für politische Akteure: Politik wird von den Bürgerinnen und Bürgern nicht aufgrund politischer Konzepte "gekauft" und akzeptiert (dazu sind diese zu unverständlich), sondern aufgrund einer realen Situationsbeschreibung und einer zuversichtlich vorgetragenen Rollenbeschreibung von Politikern im Spannungsverhältnis von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.

Mehr Ehrlichkeit, mehr Zukunftsorientierung und weniger Großversprechen, das ist der Weg, auf dem die europäischen Gesellschaften und die wachsende europäische Zivilgesellschaft ihre Antworten finden müssen. Der Fortschritt ist eine Schnecke, diese Beobachtung Günther Grass' dürfte auch für Europa gelten.

Und damit wieder zurück auf Los!

Der Autor:

Nikolaus Huss, geb. 1957, Gründungspartner von KovarHuss Policy Advisor ist politischer Analyst und Politikberater. Er bloggt unter [www.nikolaus-frühstücksfernsehen.de](http://www.nikolaus-frühstücksfernsehen.de). Von 1986 bis 1990 war er Landesgeschäftsführer der Grünen Baden-Württemberg. Mit inhaltlichen Beiträgen mischt er sich immer wieder in die innergrüne Dabatte ein. Unter dem Schlagwort "Smart Lobbying" propagiert die Agentur eine gesellschaftlich verantwortliche Haltung von Unternehmen gegenüber Gesellschaft und Politik.



## Das KovarHuss Angebot

Wir arbeiten auf Basis transparenter Corporate Governance-Richtlinien und mit einer gesellschaftsbezogenen Smart-Lobbying-Orientierung (siehe dazu unser [Policy Paper 2013-01 „Smart Lobbying“](#))

### Die wichtigsten Smart-Lobbying Bausteine

**Bestandsaufnahme:** Smart Lobbying setzt auf rationalen Interessensausgleich und die Bildung von Vertrauen, das auf Respekt, Transparenz und Verlässlichkeit beruht. Arena-Analysen und langjährige Erfahrung bilden die Grundlage für maßgeschneiderte Lobbyingprogramme für Unternehmen.

**Positionsbestimmung:** Mit welchen Werten tritt das Unternehmen an? Welche Ziele und Märkte verfolgt es? Wo hält das Unternehmen besondere Angebote für die Politik und Zivilgesellschaft bereit? Wo ist mit Konflikten zu rechnen? Wo ist es notwendig, konfliktbereite Partner zu gewinnen?

**Strategieentwicklung:** Welche Ziele sind mit welchen Maßnahmen in welcher Zeit zu erreichen? Gibt es einen Plan B? Wie nehmen wir Zukunftsszenarien wahr, welche Ausweichstrategien gibt es an welchen Wegmarken? Wann sollte die Strategie überprüft und gegebenenfalls revidiert werden? Welche Mitstreiter können wir finden?

**Umsetzung:** Mit wem wollen wir sprechen? Welche Gesprächspartner sind vertrauenswürdig, auch wenn die Themen schwierig werden? Auf wen kann man sich verlassen? Mit welchen Kontrahenten sollten wir uns auseinandersetzen? Wo sind öffentliche Auseinandersetzungen angesagt? Smart Lobbying setzt auch auf die offene Diskussion kontroverser Positionen. Neben vertrauensbildenden Gesprächen betrachten wir die Arbeit mit kontroversen Positionspapieren als ein wichtiges Mittel, um Nachdenken im öffentlichen Raum und gesellschaftliches Change Management zu ermöglichen.

Die offene Arbeit mit NGOs, die Nutzung von Social Networks, Blogs etc. sind für uns selbstverständlicher Bestandteil unserer Arbeit.

**Überprüfung und Feinjustierung:** Wurden die Ziele und Meilensteine erreicht? Müssen Korrekturen in der Erwartungshaltung vorgenommen, Ziele adjustiert, Maßnahmen angepasst werden?

**Haltung und Transparenz:** Wir machen Lobbying mit Haltung. Unternehmen sind für uns Teil eines auszubalancierenden Machtdreiecks von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Durch Transparenz, die Verpflichtung auf klare, schriftlich niedergelegte Regeln schaffen wir Vertrauen, auch wenn in Sachfragen unterschiedliche Meinungen bestehen. Der Wert unserer Arbeit misst sich in substanziellen Ergebnissen für Unternehmen und Gesellschaft.

## **Unsere Leistungen**

- Strategieworkshops
- Arena-Analysen/Themenfeldanalysen/Stakeholder Analysen
- Szenariendarstellung und -diskussion
- Strategieentwicklung
- Strategiecoaching
- Konfliktmoderationen
- Öffentliche Stakeholderprozesse
- Entwicklung von Corporate Governance Richtlinien
- Lobbying

**KovarHuss Policy Advisors** wurde 2011 von Andreas Kovar und Nikolaus Huss gegründet. KovarHuss in **Berlin** ist Mitglied der Public Affairs-Alliance, die **mit Büros in Brüssel** (eacongroup), **Wien** (Kovar & Partners) und **Zürich-Bern** (MC&P Mueller Consulting & Partner) direkt vertreten sind. Die Alliance arbeitet auf Basis einer gemeinsam erarbeiteten Governance-Richtlinie.

**Kontakt und V.i.S.d.P:**

Nikolaus Huss  
KovarHuss GmbH  
Unter den Linden 21  
10117 Berlin  
030/767 71830  
office@kovarhuss.de  
www.kovarhuss.de